

Inhalt

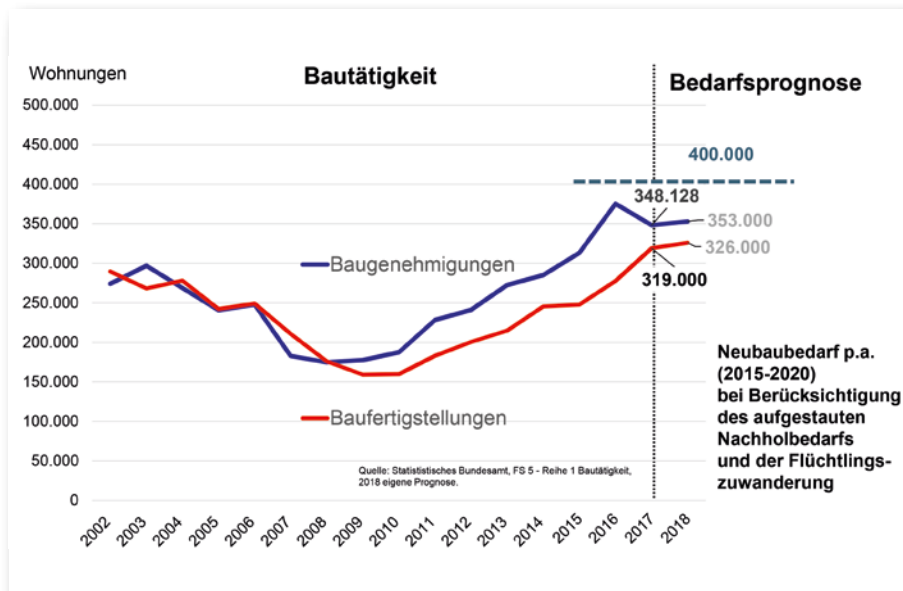
2 Bundesminister: Nach einer langen Phase der Regierungsbildung stehen die zuständigen Minister und Staatssekretäre fest. Gunther Adler wechselt ins Bundesinnenministerium.

3 Genossenschaftsgründungen: Neugründungen von Genossenschaften sorgen in München für eine positive Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt.

4 Branchentreffen: Ein vielseitiges Programm erwartete die Gäste auf dem großen Branchentreffen der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen in Bad Saarow.

Sinkende Baugenehmigungen: Engpässe verhindern mehr bezahlbaren Wohnungsbau

Berlin – „Die sinkenden Baugenehmigungszahlen sind das Ergebnis der vom GdW immer wieder beschriebenen Engpässe: Zu wenig Grundstücke, zu wenig Planungs- und Genehmigungskapazitäten und vielfach erschöpfte Kapazitäten am Bau“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, zu den am 15. März 2018 veröffentlichten Baugenehmigungszahlen des Statistischen Bundesamtes. „Hier müssen Kommunen, Länder und die gerade vereidigte neue Bundesregierung jetzt dringend ansetzen. Sonst wird der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in vielen Großstädten zum größten sozialen Problem der nächsten Jahre werden.“



Die Neubautätigkeit kommt nicht ausreichend in Schwung, um den Wohnungsbedarf in Deutschland zu decken.

Mittlerweile fehlen in Deutschland über eine Million Wohnungen. Die Baugenehmigungszahlen sind aber im Sinkflug. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurde im Jahr 2017 in Deutschland der Bau von insgesamt 348.100 Wohnungen genehmigt. Das sind 7,3 Prozent oder rund 27.300 Baugenehmigungen für Wohnungen weniger als im Vorjahreszeitraum. Damit war die Zahl der genehmigten

Wohnungen erstmals seit 2008 niedriger als im jeweiligen Vorjahr. Von den im Jahr 2017 genehmigten Wohnungen waren 300.695 Neubauwohnungen in Wohngebäuden – das sind 5 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Die Zahl der Genehmigungen für Mehrfamilienhäuser, die zuletzt noch steigend war, blieb mit 172.630 nahezu gleich. Das zeigt deutlich: Die Dynamik im

Weiter auf Seite 2 ➔

Aktuelle Meldungen

Zahl der Asylanträge stark gesunken

2017 haben rund 650.000 Menschen Asyl in der Europäischen Union beantragt. Das sind etwa halb so viele wie ein Jahr zuvor, berichtete die *Berliner Zeitung* am 21. März 2018. In Deutschland, einem der wichtigsten Aufnahmeländer, ist die Zahl der Asylbewerber um 73 Prozent zurückgegangen. Die meisten der Asylsuchenden kamen aus Syrien, rund 102.400, 47.500 aus dem Irak und 43.600 aus Afghanistan. (wi)

Kräftiger Anstieg bei den Renten

Auch dieses Jahr dürfen sich die Rentner in Deutschland um eine kräftige Erhöhung der Rente freuen. Mit Blick auf die noch bestehenden Rentenunterschiede wird die Rente zum 1. Juli 2018 im Westen um 3,22 Prozent und im Osten um 3,37 Prozent erhöht. Bis Juli 2024 soll die bestehende Lücke zwischen neuen und alten Bundesländern geschlossen sein, das berichtete die *Süddeutsche Zeitung* am 21. März 2018. (wi)

Energiewende in Deutschland nur Mittelmaß

Laut dem globalen Energiewende Index des Weltwirtschaftsforums ist Deutschland lediglich im Mittelfeld. Der Index ermittelt anhand von 40 Indikatoren den Status der Energiewende eines Landes. Besonders in der Kategorie ‚Struktur des Energiesystems‘ schneidet Deutschland auch gemessen an seinen Europäischen Nachbarn schlecht ab, das berichtete die *Welt* am 20. März 2018. (wi)

➔ Fortsetzung von Seite 1

Wohnungsbau lässt nach. Die Zahlen an geplanten Wohnungen insbesondere im preisgünstigen Segment reichen bei weitem nicht aus, um den hohen Nachholbedarf gerade in Ballungsregionen zu decken – und die am Ende tatsächlich gebauten Wohnungen bleiben sogar noch weiter dahinter zurück. „Die Baubremsen müssen gelöst werden, damit endlich der notwendige und lang erwartete Schwung in den Wohnungsbau kommt. Ansonsten könne das in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebene Ziel von 1,5 Millionen neuen Wohnungen in dieser Legislaturperiode nicht erreicht werden“, sagte Gedaschko.

Die Lösungen liegen auf dem Tisch. „Die serielle und standardisierte Bauweise muss

gefördert und dazu eine bundesweit gültige bauliche Zulassung für diese Gebäude geschaffen werden“, sagte der GdW-Chef. So kann man Kapazitätsengpässen entgegenwirken. Die Wohnungswirtschaft erwartet in den nächsten Wochen die Ergebnisse des europaweiten Wettbewerbs zum Abschluss einer Rahmenvereinbarung für serielles Bauen.

Aber es muss an weiteren Stellschrauben gedreht werden, um den Wohnungsbau anzukurbeln. Das im Koalitionsvertrag verankerte Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz muss zügig kommen. Die angekündigten steuerlichen Verbesserungen sollten schnell beschlossen und durch ein Zuschussmodell ergänzt werden. Darüber hinaus müssen die Ergebnisse der Bau-

kostensenkungskommission aus der letzten Legislaturperiode dringend umgesetzt und die mehr als 20.000 Bauvorschriften und Anforderungen auf den Prüfstand gestellt werden. Die Folgenabschätzung für die Kosten des Bauens und Wohnens bei allen geplanten Gesetzen ist ein ebenso notwendiges Mittel, das der Koalitionsvertrag erfreulicherweise vorsieht. Nur wenn alle Maßnahmen zusammen wirken, lässt sich das notwendige Tempo beim Wohnungsbau erreichen.

Die Wohnungswirtschaft steht bereit, gemeinsam mit dem neuen Ministerium für Inneres, Bau und Heimat und mit den Partnern aus dem Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen weiterhin tatkräftig an diesem Ziel mitzuwirken. (burk) ■

Die Personalentscheidungen in der neuen Bundesregierung sind gefällt – Die neuen Minister stehen fest.

Berlin – 171 Tage, so lange hat es gedauert bis am 14. März 2018 offiziell die neue Bundesregierung vereidigt werden konnte. Mit der neuen Zusammensetzung ändert sich auch der Zuschnitt einzelner Ministerien und damit die Zuständigkeiten für verschiedene Politikfelder.

So verlagert sich der Bereich Bauen vom früheren Bundesumweltministerium und ist in Zukunft dem Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat angegliedert. Neuer Bundesinnen- und Bauminister ist Horst Seehofer (CSU), der nach zehn Jahren als Ministerpräsident des Freistaats Bayern wieder nach Berlin wechselt. 1992 war er bereits als Bundesminister für Gesundheit und 2005 als Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Teil der Bundesregierung.

Gunther Adler (SPD) wechselt Medienberichten zufolge als Staatssekretär mit der Zuständigkeit für Wohnen und Bau partiell übergreifend ins Bundesinnenministerium. Er war bereits als Baustaatssekretär im vorherigen Bundesministerium für Umwelt,

Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit tätig. Neben dem bisherigen Parlamentarischen Staatssekretär Günter Krings (CDU), sind dort außerdem Stephan Mayer (CSU) und Marco Wanderwitz (CDU) neu im Amt. Wanderwitz ist in seiner Funktion für die Fachbereiche Bau und Heimat zuständig.

Svenja Schulze (SPD) übernimmt von Barbara Hendricks (SPD) das Amt der Bundesministerin für Umweltschutz, Natur und Reaktorsicherheit. Bis 2017 war Schulze sieben Jahre Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung in Nordrhein-Westfalen. Seit letztem Jahr ist sie Generalsekretärin der SPD Nordrhein-Westfalen. Als Parlamentarische Staatssekretäre bleiben Florian Pronold (SPD) und Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD) weiterhin im Amt.

Zuständiger Minister des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist Peter Altmaier (CDU). In der vorherigen Regierung begleitete er den Posten als Chef des Bundeskanzleramtes. Außerdem war er zwischen 2012 und 2013 Bundesumweltminister. Neuer Parlamentarischer Staatssekretär und Ostbeauftragter der Bundesregierung wird Christian Hirte (CDU). Er ist seit 2008 Mitglied des Deutschen Bundestags und flogt in seiner Funktion als Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer auf Iris Gleicke. Thomas Bareiß (CDU) und Oliver Wittke (CDU) übernehmen ebenfalls Posten als Parlamentarische Staatssekretäre. Neuer beamteter Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums wird Dr. Rainer Sontowski (CDU). (koch) ■

Die neuen Staatssekretäre im Bundesministerium für Inneres, Heimat und Bau sowie Bundeswirtschaftsministerium:



Gunther Adler

Foto: Bundesregierung/Sandra Steins



Stephan Mayer

Foto: Henning Schacht



Marco Wanderwitz

Foto: Henning Schacht



Thomas Bareiß

Foto: www.thomas-bareiss.de



Christian Hirte

Foto: Jan Kopetzky



Oliver Wittke

Foto: picture alliance/Sven Simon



Dr. Rainer Sontowski

Foto: Bundesregierung / Bergmann

Genossenschaftsboom in München

München – Die genossenschaftsfreundliche Politik der Landeshauptstadt München sorgt für eine wachsende Zahl von Neugründungen. Seit 2015 gibt es in München sieben neue Wohnungsgenossenschaften. Die Tendenz ist steigend. „Drei weitere Neugründungen stehen kurz vor der Aufnahme in den VdW Bayern“, berichtet Verbandsdirektor Hans Maier bei einem Pressegespräch der VMW Vereinigung Münchener Wohnungsunternehmen e.V.

Die Landeshauptstadt München sieht auf den städtischen Flächen die Bereitstellung von 20 bis 40 Prozent der Grundstücke für Wohnungsgenossenschaften und Baugemeinschaften vor.

Positiv für die Wohnungswirtschaft ist auch die Vergabe nach Konzept und nicht nach dem Höchstpreisverfahren. „Diese beiden Faktoren sorgen dafür, dass sich wieder engagierte Menschen zusammenschließen und Genossenschaften gründen. Hinzu kommen die Bestandsgenossenschaften, die vom Angebot der Stadt

Gebrauch machen und verstärkt in den Wohnungsneubau investieren“, erläutert der Verbandsdirektor. Der Zweck der Genossenschaften ist in ihrer Satzung festgeschrieben. Er lautet meist: Mitgliederförderung durch gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnraumversorgung. Bei den aktuellen Bauprojekten etwa im Prinz-Eugen-Park entstehen meist geförderte und frei finanzierte Mietwohnungen. „Einziger Wermutstropfen ist das rare Bauland. Deshalb werden nicht alle bauwilligen Genossenschaften gleich zum Zug kommen“, so Maier.

Begleitung der Neugründungen

Die neuen Genossenschaftsgründer kommen nach der Erstberatung durch die mitbauzentrale der Landeshauptstadt zum VdW Bayern. Der Verband fördert und begleitet die Gründer dann bis zur Eintragung ins Genossenschaftsregister.

Auch nach der Gründungsphase unterstützt der Verband die Genossenschaften durch Schulung und Beratung der Vorstände und Aufsichtsräte in allen Bereichen - vom Neubau bis zur Bewirtschaftung.

(stralkoch) ■

Rekordinvestitionen und Leerstandsstabilisierung bei den Wohnungsunternehmen im Freistaat Sachsen

Dresden – Die organisierte Wohnungswirtschaft sorgt weiterhin für bezahlbares, attraktives Wohnen und unterstreicht ihre Bedeutung als maßgeblicher Wirtschaftsfaktor und verlässlicher Partner im Freistaat – dafür sprechen auch die Zahlen der am 15. März 2018 in Dresden vorgestellten Jahresstatistik des vdw Sachsen Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft.

Die Jahresstatistik zeigt, der Anstieg der Nettomiete im Jahr 2017 bleibt moderat bei rund 3,3 Prozent. Die durchschnittliche Nettokaltmiete liegt damit bei den verbandseigenen Unternehmen bei 5,04 Euro pro Quadratmeter. „Wir haben damit im Durchschnitt nach wie vor vergleichsweise günstige Mieten und einen absolut moderaten Anstieg im Freistaat“, erläutert Rainer Seifert, Verbandsdirektor des vdw Sachsen.

Diese Aussage trifft auch auf die Metropolen Dresden, Leipzig und Chemnitz zu. Dass die Mietkosten in Sachsen überwiegend erschwinglich sind, zeigt auch eine Umfrage, die der vdw Sachsen zusammen mit dem renommierten Meinungsforschungsinstitut „Civey“ bundesweit durchgeführt und für Sachsen ausgewertet hat. Demnach geben die Hälfte aller Mieter in Sachsen maximal 35 Prozent ihres monatlichen Haushaltsnettoeinkommens für die Warmmiete aus.

Die Bedeutung der Mitglieder des vdw Sachsen für die sächsische Wirtschaft wird auch durch ihre Investitionen in Neubau, Instandhaltung und Modernisierung klar ersichtlich. Über 365 Millionen Euro wurden 2017 für diese wichtigen Maßnahmen insgesamt ausgegeben. „Davon profitierten nicht nur die Mieter und die Kommunen, sondern auch die meist in Sachsen

beheimateten Auftragnehmer“, erläutert Rainer Seifert. In 2018 planen die Unternehmen des Verbandes mit knapp 467 Millionen Euro noch höhere Investitionen. „So viel haben unsere Unternehmen seit fast 20 Jahren nicht investiert.“ Die Dimensionen nähern sich damit dem historischen Niveau zu Zeiten der Wiedervereinigung.

Eine positive Botschaft gibt es auch bei der Entwicklung des Leerstands zu verkünden. Dieser ist mit einer Quote von 9,9 Prozent auf demselben Niveau geblieben, wie im Jahr zuvor. Während in den Metropolen der Leerstand auf 4,4 Prozent gesunken ist, stieg er in den ländlichen Räumen marginal von 13,6 Prozent auf 14,0 Prozent. „Die im vorigen Jahr noch befürchtete neue Leerstandswelle auf dem Land ist damit ausgeblieben“, resümiert Rainer Seifert.

Damit das so bleibt, sind weitere Anstrengungen in die richtige Richtung notwendig: „Es hat sich gezeigt, dass Neubau und ansprechende Sanierungen auch in den ländlichen Regionen den Effekt haben, Bestandsmieter zu halten und neue dazuzugewinnen.“ Weitere Schritte müssen nun folgen. So begrüßt der Verband das aktuelle Förderprogramm des Freistaats für den seniorengerechten Umbau. Allerdings muss dieses dringend angepasst werden, damit es Wirkung entfalten kann. „Es ist

sicher gut gemeint und mit einer ordentlichen Summe ausgestattet“, erklärt Rainer Seifert. Doch die meisten Gebäude der Mitgliedsunternehmen, seien nun einmal Bauten aus der DDR-Zeit und nur mit hohem Aufwand für diesen Zuschuss geeignet. „Da droht etwas zu verpuffen, was doch dringend gebraucht wird.“ Es wäre manchmal besser, sich von Maximallösungen zu verabschieden und stattdessen auf kleinere Schritte zu setzen. „Vor ‚barrierefrei‘ gibt es immer noch ‚barrierearm‘ – auch davon würden schon vielen Menschen – Wähler – profitieren.“

Darüber hinaus gilt es weiterhin, durch aktive Begleitung von Zuwanderung, dem demografisch geschuldeten Bevölkerungsrückgang entgegenzuwirken. Auch hier geht der vdw Sachsen mit seiner seit fast zwei Jahren existierenden „Leitstelle Zuwanderung“ voran.

Rückbau in Größenordnungen der Nachwendzeit, wo ganze Wohngebiete und Blockzeilen obsolet wurden, ist nicht mehr vorgesehen. Das bedeutet aber nicht, dass Abrisse und vor allem Teilabriss in ausgewählten Bereichen und Objekten nicht trotzdem noch sinnvoll sind und von den Unternehmen vorgenommen werden. Auch dafür muss es nach Ansicht des vdw Sachsen eine Förderung geben. (mue/koch) ■

„Fokus: Mensch“ war das zentrale Thema beim großen Branchentreffen der Berlin-Brandenburgischen Wohnungswirtschaft

Bad Saarow – Unter dem Motto „Fokus: Mensch“ fand vom 5. bis 7. März 2018 das jährliche Branchentreffen der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen (BBU) statt. Mit rund 1.000 Gäste, hochkarätigen Vorträge zu den Themen Bauen, Arbeitsorganisation, Psychologie oder Wohnen im Quartier der Zukunft und der festlichen Verleihung der BBU-ZukunftsAwards 2018, waren die BBU-Tage erneut ein wohnungswirtschaftlicher sowie gesellschaftlicher Höhepunkt im Frühlingshalbjahrs.



Fotos: Winfried Mausolf

Zwei Länder, eine Region: Brandenburgs Infrastrukturministerin Kathrin Schneider mit Maren Kern und Berlins Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher auf dem ‚Abend der Wohnungswirtschaft‘ (v.l.).



Gute Stimmung auf den BBU-Tagen 2018.

In ihrer Eröffnungsrede stellte BBU-Vorstand Maren Kern klar: „Kaum eine andere Branche hat den Menschen so sehr als Bezugspunkt wie die Wohnungswirtschaft. Denn: In ihren Produkten, den Wohnungen und Kiezen, haben die Menschen ihren Lebensmittelpunkt.“ Deshalb stünden die BBU-Tage 2018 mit ihrem Motto auch für die ganze große Bandbreite der Leistungskraft der sozialen Wohnungswirtschaft in Berlin-Brandenburg. Mit Blick auf die neue Bundesregierung forderte sie, dass Wohnen und Stadtentwicklung endlich den politischen Stellenwert bekommen, der ihnen aus Sicht der Bevölkerung auch zustehe. Dabei besonders vordringlich: Die Beschleunigung und Vergünstigung von Bauen sowie ein neuer Anstoß für den Stadtumbau Ost.

Hochkarätige Referenten

Das Programm wartete mit einer großen Themenvielfalt auf: Sie reichte vom 30.000 Jahre alten „menschlichen Betriebssystem“, das dem Publikum durch den Psychologen Dr. Hans-Georg Häusel anschaulich nähergebracht wurde, über bedürfnisorientiertes Bauen und Kiezentwicklung bis hin zur „Menschlichkeit 5.0“, die der Kabarettist und Bestseller-Autor Peter Buchenau plakativ darstellte. Seine Kernaussage: Ein Unternehmen ist nur so gut, wie es seine Mitarbeiter erfolgreich und wertschätzend motivieren kann.

Einen breiten Raum in anschließenden Diskussionen nahmen auch Vorträge zu innovativen Baustoffen ein – wie nachwachsende Bauelemente aus Pilzgeflecht.

Festliche Abendveranstaltungen

Die beiden großen Abendveranstaltungen anlässlich der BBU-Tage hatten in diesem Jahr regionale Schwerpunkte. Beim „Genossenschaftsabend“ standen Italien und die mediterrane Küche im Mittelpunkt, beim „Abend der Wohnungswirtschaft“ der Orient mit seinen zahlreichen Spezialitäten. Dabei konnten zahlreiche Persönlichkeiten begrüßt werden: unter anderem Bundesbaustaatssekretär Gunther Adler, Berlins Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher, Brandenburgs Infrastrukturministerin Kathrin Schneider, Berlins Sozialsenatorin Elke Breitenbach, Berlins Staatssekretär für Wohnen Sebastian Scheel, Berlins Integrationsstaatssekretär Daniel Tietze, GdW-Präsident Axel Gedaschko sowie etliche Abgeordnete, unter ihnen Klaus Mindrup MdB, Rainer Genilke MdL, Christian Gräff MdA, Andreas Otto MdA oder Sebastian Czaja MdA. Aus dem Bereich Medien war Daniel Goffart, Leiter des FOCUS-Hauptstadtbüros, mit dabei.

Stolze Gewinner

Ein fester Programmpunkt auf den BBU-Tagen ist die Verleihung der BBU-ZukunftsAwards – die in diesem Jahr unter der Schirmherrschaft von Berlins Sozialsenatorin Elke Breitenbach standen. Den Vorsitz der Jury hatte Integrationsstaatssekretär Daniel Tietze übernommen. Zu gewinnen gab es, neben professionellen und von den Unternehmen für Selbstdarstellungszwecke nutzbare Videos der ausgezeichneten Projekte und die begehrte „ZA-Stele“, auch Preisgelder in Höhe von insgesamt 4.100 Euro. Das Besondere daran: Die Preisgelder wer-

den für einen sozialen Zweck gespendet. In den Kategorien ‚Genossenschaften‘ und ‚Gesellschaften‘ kürte die Jury jeweils drei Gewinner aus insgesamt 28 Projekten. Zwei weitere Projekte wurden mit einer besonderen Anerkennung der Jury bedacht.

Das Fazit dieser 23. BBU-Tage: Die Wohnungswirtschaft ist nicht nur eine besonders menschenzentrierte, sondern eben deshalb auch eine besonders vielfältige und abwechslungsreiche Branche. BBU-Vorstand Maren Kern: „Dass unsere Unternehmen sich immer an den Bedürfnissen ihrer Mieterinnen und Mieter und ihrer Mitglieder ausrichten – das macht ihr Wesen, ihre Kraft und vor allem auch ihre Innovationsstärke aus. Wenige Produkte sind so flexibel und wandelbar wie Wohnungen und Quartiere, und damit auch so nachhaltig.“ Die nächsten BBU-Tage finden vom 11. bis 13. März 2019 in Bad Saarow statt. (ebe/koch) ■

➔ Weitere Informationen zu den Gewinnern der ZukunftsAwards finden Sie unter: <https://goo.gl/LoJc5>



GdW Präsident Axel Gedaschko auf den BBU-Tagen.

Zahlungsforderungen

24. Mai 2018, Bochum

Die sich rapide erhöhende Verschuldung privater Haushalte führt in Eigentümergemeinschaften dazu, dass das wirtschaftliche Leistungsvermögen eines oder mehrerer Wohnungseigentümer dauerhaft gestört ist und die ordnungsgemäße Verwaltung der WEG gefährdet wird. Unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung und anhand von Beispielen aus der Praxis vermittelt dieses Seminar wertvolle Tipps im Umgang mit Zahlungsrückständen und säumigen Wohnungseigentümern.

Weitere Infos: EBZ, Dominik Denmark, Telefon: 0234/9447575, E-Mail: akademie@e-b-z.de,

Internet: www.e-b-z.de

Betriebsverfassungsrecht

28. Mai 2018, Dresden

Das Betriebsverfassungsrecht sieht zahlreiche Beteiligungsrechte des Betriebsrates vor: Über die Mitbestimmung bei Kündigungen bis hin zur Aufstellung einer Hausordnung. Dieses Seminar behandelt das Betriebsverfassungsrecht und gibt Tipps zum Umgang mit dem Betriebsrat um eine gute Zusammenarbeit zwischen den Parteien zu gewährleisten.

Weitere Infos: VdW Sachsen, Dr. Thomas Hesse, Telefon: 0351/4917717,

E-Mail: these@vdw-sachsen.de, Internet: www.vdw-sachsen.de

PERSÖNLICHES

Bernd Weber, Geschäftsführer des Katholischen Siedlungswerks München, feierte am 16. März 2018 seinen 50. Geburtstag. Er ist Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft kirchlicher Wohnungsunternehmen.

Thomas Schröter, Geschäftsführer der Wohnungsgesellschaft Ludwigsfelde mbH 'Märkische Heimat', feierte am 17. März 2018 seinen 60. Geburtstag. Er ist Delegierter zum Verbandstag des GdW.

Robert Eberl, geschäftsführender Vorstand der gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft München-Pasing, feierte am 20. März 2018 seinen 60. Geburtstag. Er ist Delegierter zum Verbandstag des GdW.

WETTBEWERB

**Deutscher Bauherrenpreis 2018 –
Preisträger aus der Wohnungswirtschaft**

Foto: Tina Merkau

Die Preisträger des Projekts 'Wohnen mit Weitblick' zusammen mit Auslobern und Unterstützern des Bauherrenpreises.

Das Thüringer Wohnungsunternehmen jenawohnen schuf zusammen mit Junk&Reich Architekten BDA eine eindrucksvolle Wohnanlage in exponierter Hanglage auf den Jenaer Friedensberg-Terrassen. Die Wohnanlage 'Wohnen mit Weitblick' besteht aus insgesamt 96 Geschoss-, Dach- und Maisonette-Wohnungen. Die unterschiedliche Aufteilung der Mehrfamilienhäuser eignet sich für ein Miteinander aller Generationen. Die Ausstattung mit



Foto: jenawohnen GmbH

Die zwei- bis viergeschossigen Mehrfamilienhäuser erfüllen verschiedene Wohnbedürfnisse.

einem eigenen Blockheizkraftwerk sowie Fassaden mit Vollwärmeschutz und eigene Ökostromtankstellen werden den hohen Anforderungen heutiger Energieversorgung gerecht. Für diese Leistung wurden die Projektverantwortlichen mit dem Bauherrenpreis 2018 im Bereich 'neue Wohngebiete' ausgezeichnet. (hung/koch) ■

➔ **Einen Video-Beitrag zum Projekt finden Sie unter diesem Kurz-Link: <https://goo.gl/Cu6G4Q>**

IMPRESSUM

wi Wohnungspolitische Informationen

Herausgeber:
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin: Katharina Burkardt,
Stv. Chefredakteur: Andreas Schichel

Redaktion:
Antonia Koch, Klaus Schrader

Anschrift der Redaktion:
Klingelhöferstraße 5
10785 Berlin
Tel.: 030 82403-151
Fax: 030 82403-159
E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag:
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Munzinger Straße 9
79111 Freiburg

Standort Hamburg:
Hufnerstraße 28
22083 Hamburg
Tel.: 040 211165-32
Fax: 040 211165-3332

Aboverwaltung:
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446
E-Mail: Zeitschriften@haufe.de

Media Sales (Print/Online):
Oliver Cekys, Tel.: 0931 2791-731
E-Mail: oliver.cekys@haufe.de
Klaus Sturm, Tel.: 0931 2791-733
E-Mail: klaus.sturm@haufe.de
Heike Tiedemann, Tel.: 040 211165-41
E-Mail: heike.tiedemann@haufe.de

Für Anzeigen gilt die Preisliste ab 1.1.2018.
www.mediacyber.haufe.de

Druck: rewi druckhaus, Wissen

Bezugspreis jährlich:
124,35 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand
Erscheinungsweise wöchentlich, Abonnements-
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG

Nur Originalbeiträge. Für unverlangt eingedachte Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Nachdruck oder elektronische Weiterverarbeitung von Beiträgen und Nachrichten oder Teilen daraus nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

wi Online-Archiv

Die web-Präsenz der wi finden Sie unter www.haufe.de/immobilien in der rechten Seitenhälfte, indem Sie bis zum Menüpunkt „Zeitschriften“ nach unten scrollen und dort anhand der Menüpfeile die wi auswählen.

Um das Online-Archiv der wi nutzen zu können, klicken Sie oben rechts auf „Anmelden“ und geben dort Ihre E-Mail-Adresse und Ihr Passwort ein. Sollten Sie noch über kein Benutzerkonto auf www.haufe.de verfügen, können Sie unter „Neuregistrierung“ ein Konto anlegen.

Nach der Anmeldung erscheint oben rechts, neben Ihrem Benutzernamen unter „Meine Produkte starten“, die wi. Anschließend können Sie alle Ausgaben der wi als Blätter-PDFs auf Ihrem PC, Tablet oder Smartphone anschauen. Sollte das nicht der Fall sein, wenden Sie sich bitte an das Haufe-Service-Center unter **0800-7234253** (kostenlos) und geben dort Ihre E-Mail-Adresse an. Diese wird dann mit Ihrem Print-Abonnement der wi verknüpft – anschließend erscheint die wi als Online-Produkt in Ihrer Übersicht.

Die Umsetzung der EU-Datenschutzgrundverordnung bei Wohnungsunternehmen – Neue GdW-Arbeitshilfe



Quelle: GdW

Am 25. Mai 2018 tritt die neue EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Kraft. Die wichtigste Botschaft lautet: Wichtige Grundprinzipien des Datenschutzrechts bleiben! Dennoch ist die Umsetzung der DSGVO nicht nur für die Wohnungswirtschaft eine große Herausforderung, sondern auch für sämtliche Wirtschaftszweige und Branchen in der Bundesrepublik.

Die GdW- Arbeitshilfe 83 stellt den derzeitigen Stand der Diskussion zur Umsetzung der DSGVO bei Wohnungsunternehmen dar. Da es noch keine abgestimmte Positionierung der Datenschutzbeauftragten der Länder und des Bundes gibt, enthält die Arbeitshilfe in vielen Punkten Vorschläge und erste Praxishinweise. Die GdW Arbeitshilfe 83 steht ab sofort im GdW-Mitgliederbereich unter ‚Publikationen‘ zum Download zur Verfügung. Bei Interesse kann ein Exemplar der Arbeitshilfe in Kürze kostenpflichtig bestellt werden. (zab/koch) ■

➔ **Neugierig geworden? Werfen Sie einen Blick in das Inhaltsverzeichnis!** <https://goo.gl/XSLqFJ>

Recht so

Beurkundung durch schweizerischen Notar

Nach einer aktuellen Entscheidung des Kammergerichts Berlin (Az: 22 W 25/16) erfüllt die Beurkundung der Gründung einer deutschen GmbH durch einen Schweizer Notar mit Amtssitz im Kanton Bern jedenfalls dann die Anforderungen nach § 2 Absatz 1 GmbHG und kann im Eintragungsverfahren durch das Registergericht nicht beanstandet werden, wenn die Niederschrift in Gegenwart des Notars den Beteiligten vorgelesen, von ihnen genehmigt und eigenhändig unterschrieben worden ist. Damit hebt das Kammergericht die Entscheidung der Vorinstanz (siehe dazu WI 13/2016 Dauerbrenner Auslandsbeurkundung) auf. Das Amtsgericht Berlin-Charlottenburg hatte noch entschieden, dass die Gründung einer deutschen GmbH nicht wirksam von einem Notar mit Amtssitz im Kanton Bern beurkundet werden könne. ■

EXPERTENMEINUNG von Dr. Matthias Zabel GdW-Referent „Recht“

„Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes können ausländische Beurkundungen dann als gleichwertig mit deutschen Beurkundungen angesehen werden, wenn die ausländische Urkundsperson nach Vorbild und Stellung im Rechtsleben eine der Tätigkeit des deutschen Notars entsprechende Funktion ausübt und für die Errichtung der Urkunde ein Verfahrensrecht zu beachten ist, das den tragenden Grundsätzen des deutschen Beurkundungsrechts entspricht. Werden diese Voraussetzungen beachtet, kann eine ausländische Beurkundung grundsätzlich eine deutsche Beurkundung ersetzen. Es ist jedoch nicht abschließend geklärt, inwieweit dies für sogenannte statusrelevante gesellschaftsrechtliche Vorgänge, wie beispielsweise die Gründung einer GmbH, gilt. So ist zum einen nicht abschließend geklärt, ob eine GmbH-Gründung überhaupt von einer ausländischen Urkundsperson beurkundet werden kann. Zum anderen fehlt eine Klärung hinsichtlich der Frage, welche Urkundspersonen und welche Urkundungsverfahren eine deutsche Beurkundung ersetzen können. Dies zeigt auch der vorliegende Sachverhalt, der von beiden damit befassten Instanzen völlig unterschiedlich beurteilt wurde. Bis zu einer entsprechenden Klärung durch den Bundesgerichtshof sollte in der Praxis von derartigen Auslandsbeurkundungen Abstand genommen werden. Möglichen Kosteneinsparungen stehen erhebliche Risiken im Hinblick auf die Wirksamkeit der entsprechenden Vorgänge gegenüber.“ ■



Foto: GdW, Urban Ruths

ZAHL DER WOCHE

16,59

Euro betrug der durchschnittliche Bruttolohnverdienst von weiblichen Beschäftigten in Deutschland 2017. Die sind rund 17 Prozent weniger als bei den Männern, die im Schnitt 21,00 Euro pro Stunde verdienten. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilte fällt im Ost-West-Vergleich fällt auf, dass der Entgeltunterschied zwischen Männern und Frauen in den neuen Ländern mit 7 Prozent nach wie vor deutlich geringer ist als im früheren Bundesgebiet (22 Prozent). Fast drei Viertel des unbereinigten Gender Pay Gap sind auf strukturelle Unterschiede zurückzuführen: Die wichtigsten Gründe waren Unterschiede in den Branchen und Berufen, in denen Männer und Frauen tätig sind, sowie ungleich verteilte Arbeitsplatzanforderungen hinsichtlich Führung und Qualifikation. Darüber hinaus sind Frauen häufiger als Männer teilzeit- oder geringfügig beschäftigt. Beim sogenannten bereinigten Gender Pay Gap wird jener Teil des Verdienstunterschieds herausgerechnet, der auf strukturelle Unterschiede zurückzuführen ist. 2014 lag er bundesweit bei 6 Prozent (unbereinigter Gender Pay Gap 2014: 22 Prozent). Das heißt, dass Frauen bei vergleichbarer Qualifikation und Tätigkeit pro Stunde durchschnittlich 6 Prozent weniger als Männer verdienten. ■

Matr-Nr. 06505-5520